

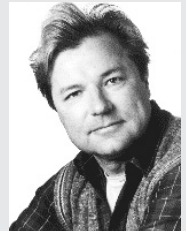
2.1. Urbane Integration

Toleranzedikt als Stadtgespräch

Heinz Kleger

Die Stadt als Raum und Akteur – auch in der Frage der Integration. Jene gilt als eine Herausforderung; insbesondere, wenn sie interkulturell zu gestalten ist. Politische Urbanität könnte die Antwort sein, um eine gelingende Politik der Eingliederung von Differenz zu gewährleisten. Sowohl analytisch als auch engagiert zeigt der Beitrag, was Integration unter den Bedingungen von Differenz in demokratischen Systemen bedeutet.

Städte sind für die Integration zentral. Dies nicht nur als Anlaufstellen für Zuwanderer, sondern auch als Integrationswerkstädte der Nation. Was in Berlin, Frankfurt am Main oder Stuttgart gelingt, das kann auch in Deutschland gelingen; was in Neukölln durchsetzbar ist, kann auch in Berlin geschafft werden. Viele Fragen der Bürgerschafts- und Einwanderungspolitik werden zwar auf nationaler und zunehmend auch auf EU-Ebene entschieden, jedoch werden sie „vor Ort“ in den Kommunen geregelt und umgesetzt. Die Qualität dieser faktischen Regeln des Zusammenlebens hängen in starkem Maße davon ab, was in den Städten erstritten und real gelebt wird. Entscheidend ist dabei, ob es gelingt, politische Urbanität, die kein Marketingkonzept ist, als Antwort einer aufgeschlossenen politischen Theorie der Bürgerschaft auf die neuen Herausforderungen hier und jetzt zu formulieren. Diese Herausforderungen gelten für alle Städte. Im Kontext politischer Urbanität sind mithin die Möglichkeiten einer bürgerschaftlichen Politik zu klären, die keine Politik der Assimilation oder Differenz (Identität) darstellt, sondern vielmehr eine ständige und oft schwierige Politik der Integration von Differenz. Dass die Auseinandersetzung um den Integrationsbegriff keine rein akademische Angelegenheit ist, zeigen die Diskussionen über die verschiedenen Leitbilder und Integrationskonzepte in den Städten.¹



Prof. Dr. Heinz Kleger,
geb. 1952, Lehrstuhl für
Politische Theorie,
Universität Potsdam,
kleger@uni-potsdam.de

1 Vgl. D'Amato, Gianni / Gerber, Brigitta (Hrsg.): Herausforderung Integration. Städtische Migrationspolitik in der Schweiz und in Europa. Seismo, Zürich 2005.

Freiheit und Integration

Wenn Integration – von der Etymologie her – zunächst die Eingliederung in eine bereits bestehende Einheit bedeutet, dann sind zwei Einheiten unterschiedlicher Natur nicht zu überspringen: Nationalstaat und die (große) Stadt. Weiterhin steht fest, dass Integration immer ein zweiseitiger Prozess ist, in dem sich die Vorstellungen von Integration und Einheit selber verändern. Was ist das Gegenteil von Integration? Wie stehen Integration und Freiheit zueinander? Wie integriert muss jemand sein? In modernen liberalen Gesellschaften steht die größtmögliche Freiheit aller im Zentrum. Dies ist mit einem gehörigen Maß an Desintegration verbunden. Die moderne Stadt mit ihrem Versprechen der Urbanität ist der Ort unvollständiger Integration *par excellence*, was den konservativen Großstadtkritikern seit je ein Dorn im Auge ist.² „Nationalkonservative Revolutionen“, die liberale und illiberale Elemente verbinden und erfolgreich zu mobilisieren vermögen, entzünden sich heute nicht zufällig in Städten wie Rotterdam (Fortuyn), Mailand (Berlusconi), Wien (Haider), Marseille (Le Pen) und Zürich (Blocher).

Unvollständige Integration ist eine Bedingung städtischer Produktivität. Dem Fremden wird dabei eine besondere Produktivität zugeschrieben.³ Der Fremde kennt zumindest zwei Kulturen, denn er ist Grenzgänger zwischen zwei Welten, wodurch er zur Reflexion und Innovation geradezu genötigt wird. Jede erfolgreiche Stadtgeschichte kann dies bestätigen. Arbeitsteilung, innovative Milieus, Größe, Dichte, Heterogenität und Fremdheit machen die Produktivität einer Stadt aus. Wer diese Faktoren unattraktiv machen möchte, macht das Land unattraktiv! Angesichts der enormen Integrationsleistungen der Städte sollte man öffentlich und offensiv um deren Integration in den Patriotismus kämpfen: Aus den Städten wächst eine neue Nation, aus Toronto erwuchs z. B. das multikulturelle Kanada. Dabei geht es um die Balance zwischen Integration und Desintegration. Weder ist das eine nur gut noch das andere nur schlecht. Das macht die Ambivalenz moderner Städte aus, die Fundamentalisten nicht ertragen können.

2 Vgl. Bahrdt, Hans Paul: Die moderne Großstadt. Leske+Budrich, Opladen 1998 (1. Aufl. 1961).

3 Vgl. Simmel, Georg: Soziologie. Duncker & Humblot, Leipzig 1908; ders.: Das Individuum und die Freiheit. Koehler, Stuttgart 1957; vgl. auch Stichweh, Rudolf: Der Fremde. Suhrkamp, Berlin 2010.

Zeit und Toleranz

Pufendorfs Traktat „De habitu religionis christianae ad vitam civilem“ von 1687, der aus der Region Preußen-Brandenburg stammt, gehört neben Lockes, Bayles und Voltaires Schriften zur wichtigsten europäischen Protestliteratur gegen die damalige französische Politik der Intoleranz nach der Revokation des Ediktes von Nantes am 18. Oktober 1685. Dies bildet den entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der freien Wahl einer Konfession. Am 29. Oktober des gleichen Jahres wird sogleich das „Edikt von Potsdam“ – im Volksmund „Toleranzedikt“ – erlassen. Diese willkommene Vorlage aus der Geschichte haben wir in Potsdam genutzt, um ein neues Toleranzedikt im Vollsinn des Wortes zu erarbeiten.⁴ Beim historischen Potsdamer Edikt handelte es sich weniger um ein Toleranzedikt als vielmehr um einen Akt konfessioneller Solidarität von Reformierten mit Reformierten in einem mehrheitlich lutherischen Land. Es wurde von „Glaubensgenossen“ und „Mitleid“ gesprochen, was zum Beispiel die Katholiken (in Art. 13) bewusst nicht in die religiöse Toleranz einbezog. Allerdings wurde den hugenottischen Glaubensflüchtlingen nicht weniger als eine neue Heimat mit allen Bürgerrechten angeboten, aber zunächst nicht mit allen Bürgerpflichten. Das Besondere war: Man ließ sie kommen und gab ihnen Zeit – über Generationen hinweg. Ende des 18. Jahrhunderts gaben die hugenottischen Gemeinden ihre Privilegien freiwillig auf. So verzichteten sie zum Beispiel auf die französische Sprache im Gottesdienst, da sie ohnehin niemand mehr sprach. Beide Seiten haben die Mischung der Kulturen zugelassen.

Sprachwechsel ist ein komplexer Prozess, der sich über mehrere Generationen erstreckt. Dabei wird eine faktisch vorhandene Mehrsprachigkeit (Alltagssprache, Sprache des Gottesdienstes, Dialekt, Schulsprache) in eine neue Mehrsprachigkeit verwandelt.⁵ Solche Akkulturationsprozesse verlaufen nie schnell und können nicht „von oben“ verordnet, sondern

4 Das neue Toleranzedikt als Stadtgespräch versteht sich als Teil der *European Coalition of Cities Against Racism*, die 2004 auf Initiative der UNESCO gestartet worden ist. Zu ihr gehören mehr als hundert Städte. Potsdam ist im September 2006 beigetreten und bekennt sich zu den Zielen des 10-Punkte-Aktionsplans. Das nächste Treffen findet 2011 in Potsdam statt. Vgl. dazu: Potsdamer Toleranzedikt 2008 und Kleger, Heinz: Toleranzedikt als Stadtgespräch. Potsdam 2010.

5 Vgl. Böhm, Manuela: Sprachenwechsel. Akkulturation und Mehrsprachigkeit der Brandenburger Hugenotten vom 17. bis 19. Jahrhundert. De Gruyter, Berlin 2010.

nur unterstützt und gefördert werden, z. B. durch Geld für die Sprachförderung. Die Prozesse verlaufen asynchron und konfliktreich. Entgegen allen Mythen war dies auch bei den französischen Hugenotten in Berlin-Brandenburg der Fall. Dazu kamen große Unterschiede zwischen Stadt und Land, die sich heute in einer zusammenhängenden Metropolregion verringert haben. Sprachwechsel beinhalten Akte der Identifizierung, die sich in der Gegenwart für die Zukunft vollziehen. Dies ist ein schwieriger Balanceakt, der den Hugenotten letztlich gelang.⁶

Der Begriff Identität stammt zwar begriffs- und ideengeschichtlich aus der Logik ($A=A$), ist aber nicht (und niemals) fix (und fertig), sondern ein Prozess. Identität und Kultur sind keine deterministischen Konzepte, sondern hybride Gebilde. Für die historisierte Vergangenheit geben wir das gerne zu und feiern die gelungene Integration, von der wir profitieren. Für unsere eigene Gegenwart fehlt uns indes oft der Mut, das Zutrauen, die Freiheit zum Konflikt und die Toleranz, die gerne beschworen, aber selten mit Perspektiven verbunden wird. Religiöse Toleranz, die als Problem nicht erledigt ist, wie man weltweit sehen kann, bedeutet noch nicht Religionsfreiheit. Die Positivierung der Religionsfreiheit als einklagbares subjektives Recht erfolgt auch in Ländern relativ spät, die durch die Aufklärung geprägt worden sind.⁷ Selbst der liberale Vordenker John Locke hat die Katholiken und Atheisten aus seiner Toleranz mit Argumenten ausgeschlossen,⁸ die bis ins 20. Jahrhundert hinein als Illoyalitätsverdacht gewirkt haben und teilweise noch heute wirken. Heute kommen die Verdächtigungen gegenüber Muslimen hinzu; Islamophobie grassiert in Europa und den USA. Die neuen Christenverfolgungen im Irak und Ägypten drehen ebenfalls an der Hass- und Gewaltspirale. Die Debatte um ein muslimisches Zentrum in Manhattan in der Nähe von „Ground Zero“ wird zu einem Härtestest selbst für die viel gerühmte Freiheit und Toleranz in den USA. In New York trat kürzlich der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders an diesem Ort auf: „New York ist auf holländische Toleranz gegründet“ (als Neu-Amsterdam), doch diese Toleranz gehe, so Wilders, jetzt zu weit: „Der Westen hat niemals den Islam verletzt, bevor der Islam uns verletzt hat. Das muss aufhören!“⁹

6 Vgl. Kletzin, Birgit (Hrsg.): *Fremde in Brandenburg*. LIT, Hamburg u. a. 2003.

7 Vgl. Lutz, Heinrich (Hrsg.): *Zur Geschichte der Toleranz und Religionsfreiheit*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1977.

8 Vgl. Locke, John: *Ein Brief über Toleranz* (1689). Meiner, Hamburg 1957.

9 Zitiert nach: *Die Zeit*, 30. September 2010, S. 3.

Toleranz und Entschiedenheit

Tatsächlich gehören zum Alltagsleben wie zur demokratischen Politik Selbstbehauptung und Duldsamkeit, woraus Kulturen des Kompromisses entstehen. Nur darf dabei die Bereitschaft, Kompromisse zu schließen, auf die Dauer nicht zu ungleich verteilt sein. Zur Lebensklugheit gehört deshalb nicht nur die Toleranz, sondern auch die Sorge, Toleranzbereitschaft nicht über Gebühr zu strapazieren. Die Menschen sollten ein Selbstbewusstsein entwickeln können, dass sie tüchtig genug sind, ohne sich der herrschenden Praxis völlig ausliefern zu müssen. Und sie sollten lebensklug genug sein, um zu wissen, dass menschliche Beziehungen und demokratische Politik dann am besten funktionieren, wenn alle Beteiligten auf ihre Kosten kommen. Fatal ist es, wenn Politiker ihre Stärke auf Kosten der Schwachen demonstrieren müssen. Diesbezüglich kommt es gerade in der Ausländerpolitik bisweilen regelrecht zu einem Wettlauf – im bewussten Kalkül, auf diese Weise Stimmen ergattern zu können. Vor diesem Rechtspopulismus ist (von wenigen Ausnahmen abgesehen) keine Partei gefeit, wenn sich das Politische immer mehr auf das Parteiinteresse reduziert.

Die Regeln des Zusammenlebens sind zu beachten. Ihr Missbrauch ist genauso unsozial wie die fehlende Haftung in der großen Wirtschaft. Zu sagen, dass bestehende Gesetze (z. B. Schulpflicht) angewendet werden müssen, ist eine Trivialität. Wird indes die Apologie dieser Trivialität notwendig, so ist dies alles andere als trivial, denn wir dürfen weder der Privatisierung des Gewaltmonopols das Wort reden noch individuelle Grundrechte missachten. Vor der Strafe als *Ultima Ratio* kommt freilich die Unterstützung und Förderung – der Schwachen, der Kinder und der Fremden, insbesondere der Flüchtlinge und Verfolgten. Das „Ende der Geduld“¹⁰ markiert eine Grenze der Toleranz, jedoch nicht ihr Ende. Wartenkönnen – das Erträgliche wird hier zum Richtigen – muss als eine Eigenschaft zivilisierter Staatsbürger vorausgesetzt werden.¹¹ Systeme, die spezialisierte Funktionen erfüllen (darunter auch Politik und Verwaltung), sorgen über legitimierte und legitimierende Verfahren für korrekte Ergebnisse. Sie sind nicht auf der Gesinnung von Bürgern gebaut (wie in der DDR¹²), sondern

10 Heisig, Kirsten: Das Ende der Geduld. Herder, Freiburg i. Br. 2010.

11 Vgl. Luhmann, Niklas: Politische Soziologie. Suhrkamp, Berlin 2010.

12 So Luhmann, Niklas, a. a. O., S.105.

leben von „Systemvertrauen“. Die (systemtheoretische) Alternative „Geduld“ oder „Gesinnung“ ist jedoch zu grob und erfasst vieles nicht, was für eine demokratische Theorie der Bürgerschaft grundlegend, wenngleich fragil ist, weil es letztlich auf nichts anderem als auf bündnisfähiger Praxis beruht. Kirsten Heisig hat mit ihrer dialogischen Praxis (sie ging in Schulen, zu Elternversammlungen, in Familien) auf Probleme hingewiesen, die nicht länger ignoriert werden dürfen. Das ist etwas anderes als *Law and Order*. Die Justizsenatorin Berlins hat diesbezüglich offen eingestanden, dass es ohne eine solche Praxis einzelner Menschen nicht vorangeht: „Ein derartiges Modell (wie es Kirsten Heisig vorschlug, H.K.) von oben, von der Spitze der Behörde her, einzuführen, ist viel schwieriger, als wenn das jemand tut, der in der Praxis steht. Hätte ich solche Vorschläge gemacht, wäre ich schnell in den Verdacht geraten, in die Unabhängigkeit der Richter eingreifen zu wollen.“¹³ Beschleunigte (Justiz-)Verfahren (das sogenannte Neuköllner Modell) bei kleineren Vergehen von Jugendlichen sind notwendig und hilfreich. Übrigens werden sie auf der Basis eines längst existierenden Paragraphen durchgeführt.

Toleranz und Entschiedenheit schließen sich nicht aus, sie sind vielmehr zu kombinieren. In der demokratischen Politik gibt es kein absolutes Wahrheitskriterium. Aus dieser Skepsis als Form politischer Aufklärung (auch über die historische Aufklärung und ihre neuen Götzen) folgt indessen nicht zwangsläufig ein Relativismus der Beliebigkeit, sondern eine Toleranz, welche Entschiedenheit für bewahrenswerte und bewährte Werte einschließt. Das wiederum hat mit unserer gewachsenen historisch-politischen Identität zu tun, die nicht leer und beliebig ist. Politische Aufklärung vermittelt Pluralität und setzt ihr zugleich durch verbindlich-verbindende Normen Grenzen. Sozialer und kultureller Wandel, worin die Toleranzkonflikte eingeschlossen sind, führt zu neuen Normen. Die systematische Beliebigkeit einer Indifferenz-Toleranz (nicht jedoch die lebensnotwendige Indifferenz als Gegenstück zur Aufmerksamkeit) wird damit ausgeschlossen. Auch freundliche Ignoranz ist zu akzeptieren. Es gilt allerdings ein Überwältigungsverbot. Minimalvertrauen ohne Gewalt ist nämlich eine Voraussetzung dafür, dass in der liberalen Moderne Indifferenz unproblematisch wird. Sie kann indes bei hermetischen Systemen auch die Gesellschaftskritik herausfordern.¹⁴

13 So die Justizsenatorin von der Aue. In: Das Ende der Ungeduld. Die Zeit, 22. Dezember 2010, S. 4.

14 Vgl. Lohmann, Georg: Indifferenz und Gesellschaft. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1991.

Indifferenz ist zwar unhintergebar, aber nicht unproblematisch, denn die „Möglichkeiten der Barbarei in der Moderne“ haben möglicherweise ihren Grund „weniger in Hass“ als in „Strukturen gut etablierter Indifferenz.“¹⁵ Folglich geht es immer wieder auch um Wahrheitsfragen wie um neue Formen des Zusammenlebens. Beides ist unter Bedingungen der Freiheit nicht leicht zu haben und erfordert Urteilskraft, weshalb der Toleranzbegriff nicht zur bloßen Worthülse werden darf. Toleranz bedeutet nicht, sich des eigenen Urteils zu enthalten. Politische Theorie als Schule der Urteilskraft durchschaut auch naive und falsche Toleranz, was wiederum nicht das Ende der Toleranz bedeutet.

Interkulturelle Integration

Integration ist ein zentraler Gegenstand des Nachdenkens in der sozialen und politischen Theorie: „Es ist die Frage, wie die Gesellschaft als eine Einheit in der Verschiedenheit ihrer Systeme und Akteure möglich ist [...]“¹⁶ Freilich weist Integration unterschiedliche Dimensionen auf, welche sich sowohl auf Struktur, Kultur und Politik beziehen.¹⁷ In Bezug auf Migranten erhebt sich dabei sofort die Streitfrage, ob Assimilation eine Voraussetzung für ihre Integration ist. Die interessante Frage lautet jedoch, was „Einheit in Verschiedenheit“ oder „Integration von Differenz“ heißen. Wenn wir als Demokraten Differenz ernst nehmen, was bedeutet dann Integration? Und wie vollzieht sich dies in der Zeit? „Verschiedenheit“ enthält drei Elemente:

1. das Recht auf sozialkulturelle Differenz,
2. das Prinzip der sozialkulturellen Gleichwertigkeit sowie
3. Toleranz und Respekt.¹⁸

Alle drei Elemente hängen eng zusammen. Nur wer eine Identität entwickeln konnte, verfügt über die Sicherheit, sich zu öffnen und andere zu respektieren. Mit anderen Worten: Identität und Toleranz schließen sich nicht aus, im Gegenteil: keine aktive Toleranz ohne selbstsichere Identität, was empirisch gut erhärtet ist. Die Sicherheit-Kontakt-Hypothese der Sozialpsychologie steht der Unvereinbarkeitsthese derjenigen gegenüber, die

15 Stichweh, Rudolf: Der Fremde. Suhrkamp, Berlin 2010, S. 144 f.

16 Esser, Hartmut: Die Konstruktion der Gesellschaft. Campus, Frankfurt/M. 2002, S. 285.

17 Vgl. Geißler, Rainer: Einheit in Verschiedenheit. In: Berliner Journal für Soziologie 3/2004, S. 296.

18 Vgl. Geißler, Rainer, a. a. O., S. 261.

behaupten, es gebe keine Integration ohne Assimilation. Diese Auffassung ist weit verbreitet. Ein Mittelweg zwischen Assimilation und Absonderung ist indessen möglich und wünschenswert. Interkulturelle Integration setzt allerdings eine aktive Toleranz voraus, die lernt und lernfähig bleibt, was dreierlei meint:

1. die Akzeptanz der notwendigen Einwanderung,
2. die Notwendigkeit sozialstruktureller und interkultureller Integration sowie
3. die Notwendigkeit politischer Förderung der Integration.¹⁹

Von diesen Einsichten als demokratischem Common Sense sind wir jedoch weit entfernt. Dennoch gibt es Städte, die kosmopolitische Vorreiter in dieser Sache sind. Sie sind die aufschlussreichen Weltorte, die sich zwar in bestimmten Regionen und Ländern befinden, darin aber nicht aufgehen. Eine aufgeschlossene politische Theorie der Bürgerschaft und Demokratie muss deshalb von den Städten ausgehen. Sie verfolgt einen städtischen Begriff des Politischen bzw. einen politischen Begriff des Städtischen, der eine *Complexio oppositorum* beinhaltet.

„Sprecht endlich mit uns!“

Das fordern viele Migranten. Dabei geht es um Gespräche auf Augenhöhe: „Wir kommunizieren zu wenig miteinander. Es wird lediglich in Talkshows und Parlamenten debattiert. Wenn die Politiker und sogenannten Experten ihre Redezeiten unterstützend in den migrantischen Familien verbringen würden, hätten wir in drei Monaten ein neues Deutschland.“²⁰ Der Blick auf das Konkrete wirkt humanisierend. In den Talkshows dominieren dagegen die lauten und schrillen Töne, die scharfen Kritiker oder die scharfen Verteidiger. Aufmerksamkeit gewinnen die steilen Thesen; meist gibt es nur zwei Seiten. Die Vielen dazwischen werden nicht gesehen, geschweige denn gehört. Wer aber nicht zuhören und wahrnehmen kann, der erfährt auch nichts. Unspektakuläre Kleinarbeit (und auf die kommt es in der Politik an) hat so kaum Chancen, wahrgenommen zu werden. Dabei gibt es sie selbst an der Rütli-Schule und im Reuterkiez.

¹⁹ Vgl. Geißler, Rainer, a. a. O., S. 295f.

²⁰ Gespräch mit Kazim Erdogan, der in Berlin eine türkisch-arabische Vätergruppe leitet. In: Taz, 16./17. Oktober 2010, S. 43.

Man kann auf den Überdruß mit der Talkshow-Schwemme als Wirklichkeits- und Demokratieersatz setzen. Ebenso unentbehrlich bleibt es jedoch, mit den Vielen ins Gespräch zu kommen. Dieses Gespräch, das sich vom dominierenden Gerede nicht beeindrucken lässt, kann verschiedene Formen annehmen. Seine Verbindlichkeit wie der Verbindlichkeitsgrad seiner Ergebnisse können unterschiedlich sein. Es funktioniert, solange keine Kultur des Hasses vorherrscht und der Gegner nicht zum Feind wird. Entschiedenem Streit schließt es nicht aus, sondern ein. Es kann bisher unvorstellbare Kompromisse ausloten und durchaus zu neuen Festlegungen kommen, die von Bedeutung im Zusammenleben verschiedener Menschen werden. In diesem Sinne hat in Berlin 2011 nach mehreren Brandanschlägen auf Moscheen gerade ein stadtweiter „Dialog der Religionen“ begonnen.

Heute geht es nicht nur um das *Was*, sondern auch um das *Wie* der Aufklärung, deren Praxis in einer Überforderungskrise steckt. Gerade weil das so ist, sollte eine hohe wechselseitige Toleranz des Zuhörens, Voneinander-Lernens und gemeinsamen Handelns den Rahmen für die kritische Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Zeit bilden – Toleranzedikt als Stadtgespräch statt Sarrazin-Theater. 🌐